

vhw

„Das Wichtigste ist Sichtbarkeit durch Präsenz und wahrnehmbares Handeln vor Ort“

Interview mit Dr. Peter Kurz, Oberbürgermeister der Stadt Mannheim

Stadtentwicklung, Bürgerbeteiligung und Quartiersentwicklung finden vor Ort statt – also in den Städten und Gemeinden – und setzen ein funktionierendes Verhältnis von Politik, Verwaltung und Bürgern voraus. Über die konkreten Erfahrungen in der Stadt Mannheim sowie über Risiken und Nebenwirkungen von Transparenz und Beteiligung sprach Dr. Frank Jost vom vhw mit Dr. Peter Kurz, Oberbürgermeister der Stadt Mannheim und Verbandsratsvorsitzender des vhw.



vhw: Herr Dr. Kurz, die höchsten Vertrauenswerte verzeichnet bei Umfragen die kommunale Ebene. Trotzdem haben auch hier nicht einmal 50% der Bevölkerung ein „(sehr) großes Vertrauen“ zur Gemeindevertretung. Wie wirkt sich ein zunehmender „Vertrauensverlust“ in der Arbeit von Kommunalpolitik und -verwaltung aus Ihrer Sicht aus? Wie sieht es diesbezüglich in Mannheim aus – Wie stellt sich die Alltagspraxis in Ihrer Stadt dar?

Dr. Peter Kurz: Wir können vor Ort über die Datenlagen einen Vertrauensverfall nicht pauschal feststellen. Die Zufriedenheitswerte mit der Verwaltung sind eher wieder gestiegen und liegen bei 75% und auch in einem lokalen, umfragebasierten Demokratie-Audit haben wir ordentliche Werte. Dennoch: Misstrauen wird in starkem Maße öffentlich artikuliert – und das verunsichert. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind negativ von dieser Atmosphäre betroffen. Eine unabwiesbare Konsequenz ist ein deutlich höherer Kommunikationsaufwand und die Notwendigkeit, Informationen und Erläuterungen besser aufzubereiten und für die Mitarbeitenden und Stadträte verfügbar zu machen. Eine weitere Konsequenz ist, kleinteiligere,

raumbezogene Kommunikation und Begegnung im einzelnen Stadtquartier durch die Verwaltung anzubieten.

vhw: Wie und mit welchen Themen können kommunale Akteure fehlendes Vertrauen (wieder) aufbauen?

P.K.: Vertrauen kann sich durch positive Erfahrung und Begegnung aufbauen. Das Wichtigste ist Sichtbarkeit durch Präsenz und wahrnehmbares Handeln vor Ort. Das verlangt vor allem mehr Koordination der verschiedenen Akteure in der Nachbarschaft bzw. im Stadtteil. Dabei geht es nicht um guten Willen, sondern um Veränderung von Organisation und auch flexibel einsetzbare Ressourcen für kleinere Interventionen. Von großer Bedeutung ist daneben die Bereitschaft und die Ressource, direkt ins Gespräch zu gehen. Pauschalrezepte wie „Transparenz“ und „Beteiligung“ dagegen haben ebenso viele Nebenwirkungen und Risiken wie positive Effekte. Hier wird durch mangelnde Reflexion und Fehler in der Praxis mehr Vertrauen zerstört als aufgebaut.

vhw: Welchen Einfluss haben die sozialen Medien auf die Entwicklung von Vertrauen und Misstrauen im kommunalpolitischen Mit- und Gegeneinander?

P.K.: Sie haben einen großen Einfluss, und zwar einen schlechten. Die dominanten Kommunikationsformen und die Algorithmen in den Netzwerken bevorzugen Konflikt, Wut und Misstrauen. Sie mindern das Zutrauen zum Mitmenschen. Ihr Schaden resultiert weniger aus der kommunalpolitischen Debatte als aus der Veränderung auch lokaler Atmosphären durch allgemeine Debattenlagen.

vhw: Zur „repräsentativen Demokratie“: Die gesellschaftlich schwachen Gruppen wählen deutlich weniger und entsenden sehr viel weniger Repräsentanten in die Parlamente als andere Milieus. Diese „Schieflage“ könnte dazu führen, dass sich Teile der Bevölkerung nicht vertreten fühlen. Wie kann man damit umgehen?

P.K.: Das ist etwas wie die Frage nach Henne und Ei. Und ob das Gefühl, vertreten zu sein, automatisch zu höherer Wahlbeteiligung führt, sei einmal dahingestellt. Entscheidend sind zwei Fragen:

- Berücksichtigen wir ausreichend Interessenlagen? Hier habe ich eher die Sorge der Verzerrung durch veröffentlichte Meinung und Bürgerengagement als durch die Wahlen. Es sollten gezielt ausgleichende Mechanismen wie Einladungs- und Losverfahren ausgleichend eingesetzt werden. Auch die Medien könnten sich zur Aufgabe machen, je-

weils die anderen, nicht beachteten zur Wort kommen zu lassen.

- Wie sehr haben unterschiedliche Gruppen der Bevölkerung das Gefühl, vertreten zu sein? Hier geht es wieder um Nähe und Kommunikation. Ein Zusammenhang mit objektiven Befunden von Politik-Ergebnissen ist schwer herzustellen. Oder würden Sie sagen, dass objektive Berücksichtigung der Interessen der Autofahrer und ihr Gefühl, ihre Interessen in der Politik repräsentiert zu sehen, korreliert?

vhw: In welcher Form und unter welchen Bedingungen stärkt „Bürgerbeteiligung“ das Vertrauen in das kommunale Handeln? Weckt diese nicht zu häufig falsche Erwartungen?

P.K.: Wenn es tatsächlich von vornherein ein Erwartungsmanagement gibt, das passende Setting zum Thema gewählt wurde, es möglichst um ein gemeinsam gestaltbares Projekt und nicht um reine Anhörungsbeteiligung geht, eine kommunikative Frontstellung „Verwaltung – Aktive Bürger“ vermieden werden kann und ausreichend Kommunikationsressourcen bestehen, dann stärkt „Bürgerbeteiligung“ das Vertrauen in das kommunale Handeln.

vhw: Manche Initiativen und Gruppierungen fordern eine Zunahme von direktdemokratischen Verfahren – auch und gerade auf der kommunalen Ebene. Wäre das aus Ihrer Sicht hilfreich oder steht es im Gegensatz zur repräsentativen Demokratie?

P.K.: Ich bin skeptisch, weil das für mich keine höhere demokratische Legitimation hat. Die Deliberation, die Herrschaft des Arguments, ist im Gemeinderat leichter zu erreichen als im virtuellen Raum oder der Turnhalle. Vor allem geht es aber um die Frage der Wirkung der direkten Demokratie. In keiner der vier Zielkategorien Legitimation, Akzeptanz, Aktivierung und Qualität ist durch direkte Demokratie ein besseres Ergebnis empirisch belegt. Es gibt im Gegenteil viele praktische Verlusterfahrungen in allen Dimensionen – und nach meinen Erfahrungen mehr als Erfolge. Noch mehr als bei der Beteiligung gilt bei der direkten Demokratie: Fehler führen zu deutlich größeren Schäden als bei klassisch repräsentativen Verfahren.

vhw: Auf der einen Seite die vielzitierte „Politikverdrossenheit“ der Bevölkerung, auf der anderen Seite engagierte Schüler und Jugendliche bei „Fridays for Future“. Kann daraus eine aktive, interessierte und engagierte Zivilgesellschaft erwachsen?

P.K.: Ja, es ist eine ganz andere Form der Wut. Sie ist konstruktiv, weil sie sich selbst sowie Politik und Demokratie als wirkmächtig sieht.

Herr Dr. Kurz, wir danken Ihnen für das Gespräch.



**Herausgeber und Redaktion wünschen
besinnliche Feiertage und einen guten
Start ins neue Jahr 2020!**